



Darmstadt, 16. März 2009

Pressemitteilung

Internationale Wochen gegen Rassismus: „Gleichberechtigung ist das beste Aktionsprogramm gegen Rassismus“ Einrichtung eines Expertengremiums gegen Rassismus angeregt

„Die Bekämpfung von Alltagsrassismus und struktureller Diskriminierung braucht viele Bündnispartner und einen langen Atem. Wir sind glücklich sagen zu können, dass die Internationalen Wochen gegen Rassismus beides haben“, erklärt der Vorsitzende des Interkulturellen Rates, Jürgen Micksch, zum Beginn der diesjährigen Aktionswochen. „Bundesweit etwa 650 Veranstaltungen in mehr als 200 Städten und Gemeinden sind ein eindrucksvolles Zeichen für die Bereitschaft, sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unserem Land zu engagieren.“

Angesichts dramatisch steigender Zahlen rassistisch, fremdenfeindlich oder antisemitisch motivierter Gewalt und des Vordringens von rassistischem Gedankengut bis in die Mitte der Gesellschaft müsse die Politik dieses Signal der Zivilgesellschaft dringend aufgreifen. „Die Schaffung gleicher Rechte und die Ausweitung der Möglichkeiten, sich gegen Anfeindungen und Diskriminierungen zur Wehr zu setzen, sind die besten staatlichen Aktionsprogramme gegen Rassismus und Diskriminierung“, erklärte Micksch. Es sei noch viel zu tun:

- Rassisten fühlen sich mit ihren Anschauungen und Taten ins Recht gesetzt, wenn Minderheiten durch Sondergesetze und ungleiche Behandlung strukturell ausgegrenzt und diskriminiert werden. Die Unterbringung von Asylbewerbern in lagerähnlichen Sammelunterkünften, die Residenzpflicht, das Asylbewerberleistungsgesetz und der eingeschränkte Zugang von Geduldeten zum Arbeitsmarkt sind Beispiele hierfür.
- Trotz vieler Fortschritte im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz ist die fortgesetzte Ungleichbehandlung von Muslimen ein gefährlicher Nährboden für Rassismus. Es ist höchste Zeit, beispielsweise mit der Einführung islamischen Religionsunterrichts und der Schaffung von Ausbildungskapazitäten für muslimische Geistliche an den Hochschulen die religiöse Gleichberechtigung in Deutschland voranzubringen.
- Den Opfern von struktureller Diskriminierung und von Rassismus muss gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und im wahrsten Sinne des Wortes eine Stimme gegeben werden. Gleichberechtigung erfordert, diesen Menschen den Weg zum kommunalen Wahlrecht zu ebnen und die Hürden auf dem Weg zur deutschen Staatsbürgerschaft erheblich zu senken.
- Das seit 2006 geltende Allgemeine Gleichstellungsgesetz muss dringend weiterentwickelt und an europarechtliche Vorgaben angepasst werden. Die Opfer von rassistischer Diskriminierung müssen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft ein wirksames Instrument gegen Ungleichbehandlung im Alltag, bei Rechtsgeschäften und in der Arbeitswelt an die Hand bekommen.



Prüfsteine für die Glaubwürdigkeit der Politik und die politischen Parteien sind für Jürgen Micksch nicht zuletzt auch die in diesem Jahr anstehenden Wahlkämpfe. Er forderte die Parteien dazu auf, nicht mit populistischen Parolen und Vorurteilen auf dem Rücken von Minderheiten um Stimmen zu werben: „Wer Sozialneid schürt und Minderheiten fälschlicherweise zu einer Ursache für die aktuelle ökonomische Krise macht, gibt die Betroffenen als Sündenböcke frei. Er nimmt in Kauf, dass sie verstärkt zur Zielscheibe von Anfeindungen und rechtsgerichteter Angriffe werden.“

Micksch forderte abschließend, der Staat müsse der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung auch durch die Schaffung dauerhafter Förderstrukturen für zivilgesellschaftliches Engagement eine höhere Priorität als bisher einräumen. Er sprach sich für die Einrichtung eines unabhängigen Gremiums aus Wissenschaftlern und Praktikern aus, das in regelmäßigen Abständen einen Bericht zum Rassismus in Deutschland erstellen und Empfehlungen zur Entwicklung und Weiterentwicklung von Programmen gegen Rassismus abgeben sollte. Es sei zu prüfen, ob das von der Bundesregierung aufgrund eines Bundestagsbeschlusses ohnehin einzurichtende Expertengremium gegen Antisemitismus nicht durch eine Erweiterung des Mandates auch mit diesen Aufgaben betraut werden könnte.

Zum Hintergrund:

Die diesjährigen Internationalen Wochen gegen Rassismus finden vom 16. bis 29. März statt. Der Interkulturelle Rat und Gesicht Zeigen! – Für ein weltoffenes Deutschland rufen gemeinsam mit mehr als 40 bundesweiten Kooperationspartnern dazu auf, sich mit Veranstaltungen oder Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an den Aktionswochen zu beteiligen. In diesem Jahr verzeichnet der bundesweite Veranstaltungskalender gegenwärtig etwa 650 Veranstaltungen in mehr als 200 Städten und Gemeinden. Der bundesweite Veranstaltungskalender wird fortlaufend aktualisiert und kann auf den Homepages des Interkulturellen Rates und Gesicht Zeigen! – Für ein weltoffenes Deutschland eingesehen werden.

Die Internationalen Wochen gegen Rassismus gehen zurück auf eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen (34/24-15/11/79), die im Jahre 1979 ihre Mitgliedsstaaten dazu aufforderte, alljährlich - beginnend mit dem 21. März - eine Woche der Solidarität mit den Gegnern und Opfern von Rassismus zu organisieren. Der 21. März als „Internationaler Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung“ ist einer der ersten offiziellen und einer der wichtigsten Gedenktage der Vereinten Nationen. Er erinnert und mahnt an das „Massaker von Sharpeville“, bei dem die südafrikanische Polizei am 21. März 1960 im Township Sharpeville 69 friedliche Demonstranten erschoss, die gegen die ungerechten Passgesetze in dem Apartheid-Staat auf die Straße gegangen waren. Unter dem Eindruck dieser Greuelthat forderte die Generalversammlung die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen im Jahre 1966 auf, ihre Anstrengungen zur Überwindung jeder Form von Rassismus zu verdoppeln (Res. 2142 [XXI] vom 26. Oktober 1966).